

Büttner, H. W.; Berghändler, Lothar

Article — Digitized Version

Zuschrift: Die Rolle der Grundstoffindustrie in Entwicklungsgebieten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Büttner, H. W.; Berghändler, Lothar (1960) : Zuschrift: Die Rolle der Grundstoffindustrie in Entwicklungsgebieten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 40, Iss. 4, pp. 190-192

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132946>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zuschrift: Die Rolle der Grundstoffindustrie in Entwicklungsgebieten

DR. H. W. BUTTNER in

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

BUNDESVORSTAND

Herrn

Lothar Berghändler

Redaktion „Wirtschaftsdienst“

Hamburg 36

Poststraße 11

Düsseldorf, den 22. März 1960

Sehr verehrter Herr Berghändler!

Sie haben uns freundlicherweise das Heft Nr. 1 des 40. Jahrgangs Ihres „Wirtschaftsdienst“ zugesandt und dabei besonders auf das auf Seite 13 ff. abgedruckte Gespräch mit Herrn Alfred E. Schulz, Vorstandsmitglied der DEMAG, über die Rolle der Grundstoffindustrie bei der Industrialisierung von Entwicklungsgebieten hingewiesen. Erlauben Sie bitte, daß ich mit einigen Sätzen zu diesem Artikel und zu einigen Punkten des folgenden Beitrags von Herrn Dietrich Eberhard Groß Stellung nehme.

In beiden Aufsätzen wird ausdrücklich als das Ziel der Entwicklungshilfe die politische Gegenaktion gegen den Kommunismus angegeben. Herr Groß bedauert, daß die Ergebnisse der westlichen Entwicklungshilfe in politischer Hinsicht nicht befriedigen, und Herr Schulz definiert geradezu Entwicklungsgebiete als solche Räume, die für den Kommunismus anfällig sind. Diese bei Herrn Schulz verschiedentlich zutage tretende Auffassung ist von Ihnen als ein Teil des realpolitischen Charakters des Gespräches mit Ihnen gekennzeichnet worden. Realpolitisch ist sicherlich die Überlegung, daß die Entwicklungshilfe keinen rein karitativen Charakter tragen kann und tragen sollte. Realpolitisch ist es sicher-

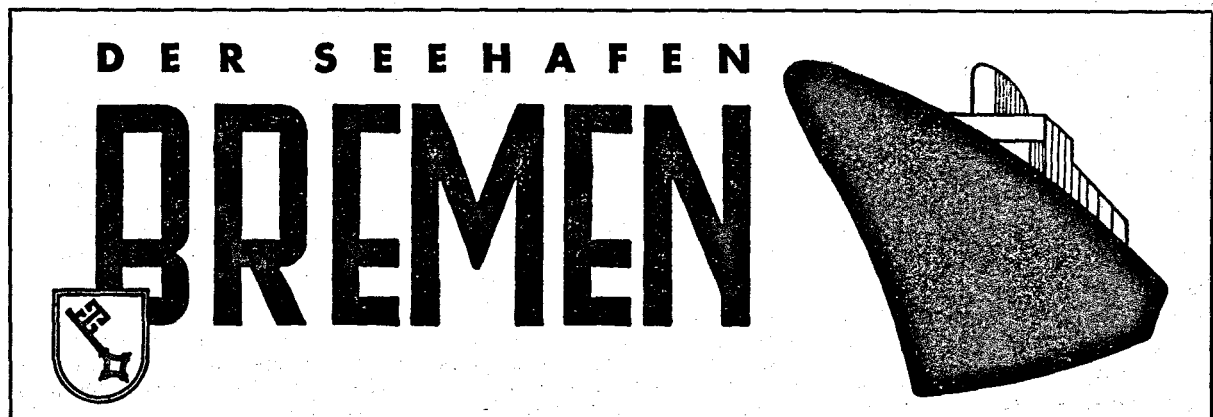
lich, wenn — besonders in dem Aufsatz von Herrn Groß — die Möglichkeiten des Handels zwischen den Entwicklungsländern und den industrialisierten Ländern als wichtiger herausgestellt werden als mögliche reine Kapitalhilfen.

Aber die Diskussion der letzten Jahre war doch eigentlich über diese bei Herrn Schulz und bei Herrn Groß geäußerte Ansicht „Entwicklungshilfe ist eine Aktion gegen den Kommunismus“ längst hinausgegangen.

Die Vorstellung von Herrn Schulz, nach der die armen Völker für den Kommunismus anfällig sind und also gegen diese Anfälligkeit dadurch geschützt werden sollen, daß man ihnen „Wohlstand“ vermittelt, erscheint mir absolut nicht realpolitisch, sondern höchst naiv gedacht. Für den durchschnittlichen Inder (und er dürfte stellvertretend stehen für die meisten Angehörigen der Entwicklungsländer) hat natürlich das Wort „Kommunismus“ — wenn man es nur vom sozialen Status her betrachtet — auf keinen Fall eine abschreckende Wirkung. Soweit religiöse, traditionelle, ethische oder andere Motive nicht hinzukommen, kann der hungernde Inder keine Abschreckung in dem Kommunismus sehen. Er muß im Gegenteil natürlich den Eindruck haben, daß der Kommunismus ihm eine Chance bietet, sein Hunger-

dasein zu überwinden und auf längere Sicht auch zu einem höheren Lebensstandard zu gelangen. Hierfür spricht zumindest das Beispiel der Sowjetunion.

Herrn Schulz ist sicherlich bekannt, was in Asien (und vermutlich im gleichen Ausmaße in Südamerika und Afrika) unter „Armut“ zu verstehen ist. Diese Art von Armut überwindet man nicht durch irgendeine Form der kommerziellen Entwicklungshilfe. Man überwindet sie zumindest nicht so durchgreifend und so schnell, wie es notwendig wäre, um nach der Vorstellung von Herrn Schulz die dann wohlhabenderen Angehörigen dieser jetzt armen Völker gegen den Kommunismus immun zu machen. Man könnte, wenn man zynisch wäre, sogar sagen, daß das mit dieser Form der Entwicklungshilfe bestenfalls zu erwartende Zwischenstadium der Industrialisierung mit seiner Lösung großer Menschenmassen aus ihrer heute noch gegebenen sozialen Geborgenheit und deren Umwandlung in eine Masse „Industrieproletariat“ eher die Anfälligkeit für den Kommunismus schafft als die heutige bloße Armut. Herr Schulz wird nicht in der Lage sein, nachzuweisen, daß nicht bereits die beginnende Industrialisierung z. B. in Indien oder Pakistan auch schon das erste wurzellose Industrieproletariat geschaffen hätte. Die Industrialisierung in diesen Ländern scheint nicht die gleichen Fehler vermeiden zu können, die die Europäer und Amerikaner im Zuge ihrer Industrialisierung gemacht haben. Hier beratend zu helfen, wäre vermutlich mindestens ebenso notwendig wie die kommerzielle Kapitalhilfe an sich.



Wer die Armut in Asien einmal aus eigener Anschauung erlebt hat, wird das Gefühl nicht so leicht über Bord werfen können, daß in Wirklichkeit gegenüber dieser anbrandenden Armut, die sich zudem, wie die Statistiken sagen, ständig vermehrt, West und Ost in einem Boot sitzen, um ihren Lebensstandard zu verteidigen. Dies ist die eigentliche Aufgabe der Entwicklungshilfe realpolitisch betrachtet: Sie ist sicher keine karitative Angelegenheit, sie wird vielleicht auch weitgehend — aber bestimmt nicht ausschließlich — kommerziellen Charakter tragen müssen; aber sie kann auf keinen Fall betrachtet werden als eine Gegenaktion gegen den Kommunismus in diesen Ländern. Sie ist vielmehr eine Notwendigkeit aus der Erhaltung und dem Schutz des eigenen Lebensstandards heraus. Nicht weil wir gegen die UdSSR mit den Mitteln der Entwicklungshilfe kämpfen wollen, sind wir realpolitisch, wenn wir sie leisten, sondern weil wir mit der UdSSR zusammen die überwiegende Mehrheit der Erdbevölkerung aus dem Zustand der absoluten Armut in unserem eigenen Interesse herausbringen müssen. Solche Äußerungen, wie sie Herr Schulz getan hat, sind sicherlich nicht geeignet, die Uneigennützigkeit unserer Hilfe zu erweisen. Sie schaffen Mißtrauen, und zwar mit Recht, und sie sind aus diesem Grunde realpolitisch schädlich. Das gleiche gilt für solche Äußerungen wie: „Jede Möglichkeit, der von den Staatsmännern der westlichen Welt mit wachsender Sorge beobachteten sogenannten sowjetischen Wirtschaftsoffensive in den Entwicklungsländern durch eine positive Eigeninitiative ihre Giftzähne zu nehmen, ohne die Nachteile des sowjetischen Systems übernehmen zu müssen, verdient eine sorgfältige Prüfung!“ aus dem Aufsatz von Herrn Groß, dessen Vorschlag hinsichtlich seiner Durchführbarkeit im übrigen gar nicht angezweifelt werden soll.

Sehr verehrter Herr Berghändler, ich hielt es für notwendig, Ihnen einmal diese Gedanken mitzuteilen, da mir die wiedergegebenen Äußerungen von Herrn Schulz und die Meinung von Herrn Groß eigentlich doch schon Anachronismen zu sein scheinen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener

Hans Büttner



**weil
so viel**



**vom
Motor
abhängt...**

das Öl mit der Sicherheits-Reserve!

WIRTSCHAFTSDIENST

MONATSSCHRIFT / HERAUSGEGEBEN VOM
HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

Redaktion

Hamburg, den 6. 4. 1960

Sehr verehrter Herr Dr. Büttner!

Ich danke Ihnen für Ihre Zuschrift vom 22. 3. 1960 zu dem im Januarheft unserer Zeitschrift veröffentlichten Gespräch zwischen Herrn Alfred E. Schulz und mir über die Bedeutung der Grundstoffindustrie in den Entwicklungsgebieten. Ich freue mich, daß durch Ihre Stellungnahme ein Problem angeschnitten wird, das die Auseinandersetzung über die Motive der Entwicklungshilfe nur bereichern kann, und ich möchte — wie wir es üblich halten — die Zuschrift im „Wirtschaftsdienst“ gern abdrucken. Sie werden sicher dagegen keine Einwendungen haben, und Sie werden mir zubil-

ligen, daß ich Ihre Zuschrift gemeinsam mit meiner Antwort veröffentlichte, die sich auf die von mir gegebene Darstellung des Gesprächs bezieht. Ich betone, daß ich in dieser Antwort keine Rechtfertigung weder der von Herrn Schulz noch der von Herrn Groß, dessen Artikel Sie gleichfalls zitieren, gegebenen Äußerungen beabsichtige: In diesem Verhältnis bin ich nur Mittler von Meinungen, deren Verbreitung ich allerdings im Interesse einer freien Meinungsbildung für wesentlich halte, so wie auch eine Veröffentlichung der von Ihnen gegebenen Stellungnahme mir wünschenswert erscheint. Ich beschränke mich deshalb auf den von Ihnen mir

gegenüber ausgesprochenen Vorwurf, daß ich die von Herrn Schulz gegebene Motivierung der Entwicklungshilfe als realpolitisch bezeichne, während sie nach Ihrer Meinung doch eher als anachronistisch anzusprechen sei.

Ich könnte mir nun allerdings die Antwort leicht machen, indem ich feststelle, daß ich lediglich den Tenor des Gesprächs als realpolitisch bezeichnet habe, nicht aber die von Herrn Schulz gegebene Motivierung der Entwicklungshilfe. Das wäre mir aber zu billig. Wenn Sie meine Äußerung so verstanden haben, werden sicher auch andere Leser die Darlegung im gleichen Sinne aufgefaßt haben, und ich bin gern bereit, darüber zu diskutieren.

Ich möchte die Motivierung der Entwicklungshilfe als Abwehr gegen den Kommunismus durchaus als realpolitisches Ziel bezeichnen. Gewiß — es gibt verschiedene Aspekte der Entwicklungshilfe: es gibt dafür politische, wirtschaftliche und — vielleicht auch — ethische Motive. Ich möchte Sie aber ganz offen fragen, ob Sie nicht auch meinen, daß bei der Bewilligung der Mittel für die Entwicklungshilfe in den Parlamenten der westlichen Welt und bei dem Entschluß zur Entwicklungshilfe im Ostblock nicht doch die politischen Motive die ausschlaggebenden sind. Glauben Sie, daß die in den USA und in anderen westlichen Ländern bewilligten Mittel für Entwicklungshilfe und die Abzweigung der für den eigenen Aufbau in der Sowjetunion so dringend benötigten Mittel und Kräfte für die Entwicklungsländer anders als politisch gerechtfertigt werden können? Und die politische Motivierung heißt hier: „Abwehr des Kommunismus“, dort: „Infiltration des Kommunismus“. Herr Chruschtschow pflegt das wo auch immer — in Lateinamerika, Indien oder anderswo — offen auszusprechen, wenn auch die mit den Entwicklungsländern abgeschlossenen Wirtschaftsverträge keine politischen Auflagen enthalten.

Natürlich ist mit der politischen Motivierung die wirtschaftliche eng verbunden. Sie stellen ja dieses Motiv in Ihrer Zuschrift durchaus realwirtschaftlich als legitimes Eigeninteresse dar. Für alle Industrieländer — ob im Westen oder im Osten — ist es eine reale Forderung, daß die Erhaltung und Erhöhung ihres Lebensstandards die Entwicklung der wirtschaftlich

zurückgebliebenen Gebiete zur Voraussetzung hat. Dieses verständliche Eigeninteresse läßt sich aber vom Begriff der politischen Einflußsphäre nicht ohne weiteres trennen. Ich nehme an, daß Ihnen bei der Konzipierung Ihres Briefes das im September zwischen Chruschtschow und Reuter geführte Gespräch über Entwicklungshilfe gegenwärtig gewesen ist und daß Sie von diesem Zeitpunkt ab die politische Motivierung der Entwicklungshilfe als anachronistisch ansehen. Ich glaube aber, daß sich der koexistenzielle Wettbewerb, der nach Meinung der Sowjets in der Entwicklungshilfe Platz greifen soll, doch als nichts anderes darstellt als das verzweifelte Ringen um Einflußsphären.

Dieses Ringen um Einflußsphären im wirtschaftlichen Wettbewerb, das den kalten Krieg beenden soll, verändert die realpolitische Situation um keinen Deut. Sie wissen ebenso gut wie ich, daß die Sowjets in diesem „Wettbewerb“ über recht gute Trümpfe verfügen. Diese Trümpfe liegen nicht im wirtschaftlichen Potential, sondern in den wirtschaftspolitischen Methoden, die sie einsetzen können und die der wirtschaftlichen Struktur der Entwicklungsländer oft näher liegen als unsere marktwirtschaftlichen Methoden. Es ist leichter, eine rasche wirtschaftliche Entwicklung unter einem System der Zwangswirtschaft als unter einem freiwirtschaftlichen System zu erzielen. Das empfiehlt die Sowjetunion und China gegenüber den Entwicklungsländern, die auf eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung drängen, besonders. Wir wissen, daß das Ausmaß der Entwicklungshilfe des Ostblocks im Verhältnis zum Volkseinkommen recht minimal ist. Aus neueren Berechnungen ergibt sich, daß die bis 1960 vom Ostblock effektiv geleistete Kapitalhilfe nur etwa $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ der von den USA allein im Jahre 1958 effektiv geleisteten Hilfe ausmacht. Aber diese Kapitalhilfe ist gut gezielt, nämlich gerade auf die Länder, die vom Westen vernachlässigt worden sind und die unter einem Exportmonopol unvorstellbar verarmt sind. Die politische Auswirkung der Freiheit ist eben erst bei einer gewissen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit virulent.

Daß die Sowjets in ihren Wirtschaftsverträgen keine unmittelbaren politischen Auflagen machen und die Exponenten ihrer techni-

schen Hilfe nicht als Agenten auftreten lassen — wie es manchmal behauptet wird —, dient geschickt der Popularisierung dieser Hilfe. Die handelspolitischen Abmachungen sorgen schon allein für die langfristige Bindung dieser Entwicklungsländer an den Ostblock. Das realpolitische Ziel der vom Ostblock gewährten Entwicklungshilfe ändert sich dadurch nicht.

Gerade die Erkenntnis der realpolitischen Lage zeigt uns, daß wir uns davor hüten müssen, unsere Entwicklungshilfe mit politischen Auflagen zu verbinden, und diese politischen Auflagen sollten auch nicht moralisch durch den Geschenkcharakter der westlichen Hilfe insinuiert werden. Wir brauchen kein Wort darüber zu verlieren, daß jede Entwicklungshilfe nur den Start erleichtern kann, sich mit eigenen Kräften aus der Armut zu befreien. Wir können den Entwicklungsländern raten, dürfen sie aber nicht bevormunden und unsere Hilfe kleinlich an Projekte binden, die uns wirtschaftlich erscheinen. In der Auswahl der Projekte müssen wir weitgehend die Wünsche der Entwicklungsländer respektieren, weil sie oft mit einer Prestigefrage des Regimes verbunden sind.

Es mag sein, daß wir beide, Sie und ich, lieber eine ethische Begründung der Entwicklungshilfe sehen möchten. Wenn wir aber vor den wirklichen Beweggründen und vor den wirklichen Zielen — ganz gleich, ob wir sie begrüßen oder verdammen — die Augen verschließen, geben wir uns einer Utopie hin, die uns letztlich die Freiheit des Menschen kosten kann. Übrigens bin ich ethischen Begründungen gegenüber bei weltweiten Aktionen immer sehr skeptisch. In allen Industrieländern herrschen heute noch trotz des hohen Standards Verhältnisse, die man mit einem viel geringeren Aufwand beseitigen könnte (Notstandsgebiete, Armut). Bisher war aber unsere Ethik nicht einmal stark genug, in dieser unmittelbaren Nähe wirksame Hilfe zu leisten.

Ich konnte mich nur auf diese kurzen Ausführungen beschränken, die Ihre Stellungnahme direkt angehen. Vielleicht konnten wir auf diese Weise das eine Problem von zwei verschiedenen Seiten beleuchten. Die reale Lage fügt sich leider oft nicht unseren Wünschen.

Mit verbindlichen Grüßen
Lothar Berghändler